27. Jahrgang. Donnerstag, 19. März. Morgen-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

NEC TEMERE NEC TIMIDE

№ 15141. Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 ℳ, durch die Post bezogen 5 ℳ — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. 1885.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. März. Die Agrarier haben heute in der Zolltarifcommission eine empfindliche Niederlage erlitten. Nach längerer Discussion, in welcher besonders der Abg. Brömel (freis.) gegen die Zollerhöhung sprach, wurden alle Anträge auf Erhöhung des Zolles auf Raps und Rübsen, zuletzt auch der Regierungsvorschlag abgelehnt; demnach fiel natürlich auch die Zollerhöhung auf Oel. Ein Antrag Schorlemer, Erhöhung des Zolls auf 3 Mk., fiel mit 15 gegen 2 Stimmen, ein Antrag v. Ow, Erhöhung auf 2 Mk., mit 10 gegen 7 Stimmen und schließlich die Regierungsvorlage, Erhöhung von 0,30 auf 1 Mk., mit 9 gegen 8 Stimmen. Die Majorität bestand aus den fünf Freisinnigen und den Abgg. Penzig (nat.-lib.), Singer (Soc.), Racké und Gielen (Centr.).

Die Börsensteuercommission beendigte heute die zweite Lesung. Das Gesetz soll am 1. Oktober 1885 in Kraft treten. Bei der Schlußabstimmung wurde das ganze Gesetz mit 12 gegen 6 Stimmen angenommen. Dagegen stimmte neben den Freisinnigen und Nationalliberalen auch der Abg. Singer (Soc.), nachdem der Antrag, den Ertrag der Steuer zur Herabsetzung des Salzzolles zu verwenden, abgelehnt war. Von freisinniger Seite behielt man sich Anträge auf Verwendung des Ertrages vor. Der Abg. Kaiser (Soc.) stimmte für das Gesetz.

Berlin, 18. März. Heute kam beim hiesigen Schwurgericht der Prozeß Oehlke zur Verhandlung. Die Geschworenen erklärten Oehlke für schuldig, drei Zweikämpfe mit tödtlichen Waffen geführt und Holzapfel bei einem derselben getödtet zu haben. Die Angeklagten Michaelis und Zedlitz wurden für nichtschuldig, den Zweikampf mit tödtlichen Waffen geführt zu haben, befunden. Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung der beiden Letzteren und gegen Oehlke eine Gesammtstrafe von 5 Jahren Festungshaft. Der Gerichtshof verurtheilte Oehlke zu 4 Jahren Festungshaft und lehnte den Antrag seines Vertheidigers Munckel ab, ihn gegen 9000 Mk. Caution aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Michaelis und Zedlitz wurden freigesprochen.

Hamburg, 18. März. Die „Hamb. Börsenhalle" erfährt aus London, von einem in Lagos etablirten Hamburger Hause wären große Landstriche östlich und nördlich von Lagos erworben worden.

Kaiserslautern, 18. März. In der Grube [illegible] durch schlagende Wetter verunglückt. Bis jetzt sind nur 17 gerettet.

Das „Frankf. Journ." meldet dazu aus St. Johann: Die Explosion im Schachte Camphausen erfolgte in vergangener Nacht kurz vor 1 Uhr. 17 Bergleuten gelang es, sich zu retten; gegen 200 werden verschüttet. Der Schacht ist zusammengestürzt, wobei auch die Windthüren zerstört wurden. Die Rettungsarbeiten sind in vollem Gange.

Forts. der Telegr. auf der 2. Seite.

Telegr. Nachrichten der Danz. Zeitung.

London, 18. März. Unterhaus. Im weiteren Fortgang der Sitzung wurde die Berathung der einzelnen Artikel der Wahlbezirksbill erledigt. Die zu derselben gestellten wichtigeren Amendements wurden sämmtlich mit großer Majorität abgelehnt; zum Schluß wurde noch die Berathung der der Wahlbezirksbill beigefügten Anlagen begonnen, die von rein lokaler Bedeutung sind.

— Oberhaus. Lord Granville erklärte, das neue Abkommen mit Rußland betreffe keineswegs bereits die endgültige Lösung der wichtigen Frage, welche beide Regierungen hoffentlich zu einem befriedigenden Abschluß bringen würden. Das jetzige Abkommen habe nur den Zweck, eine Collision zu verhindern, welche die Lösung weit schwieriger machen dürfte. — Was die Verhaftung Zebehr Paschas und seiner beiden Söhne angehe, so sei dieselbe auf eigene Verantwortung Englands nach einem Meinungsaustausche mit dem Khedive erfolgt. Die Papiere Zebehr's und seiner Söhne seien mit Beschlag belegt worden, es handele sich dabei um eine nothwendige militärische Maßregel.

Aus Kairo wird nach der „Frkf. Z." gemeldet, daß Baring die englische Regierung drängt, den General Wolseley zum Gouverneur des Sudan zu ernennen, um den verbündeten Eingeborenen die nöthige Sicherheit zu gewähren. Die englische Regierung widersetzt sich dem Vorschlage, da sie fürchtet, daß die Folge einer solchen Maßregel die beständige Occupation sein werde.

Paris, 17. März. Deputirtenkammer. Bei der Berathung über die Verwendung der aus den erhöhten Eingangszöllen auf Vieh erzielten Einnahmen erklärte der Finanzminister Tirard, die Mehreinnahmen sollten dazu dienen, das Gleichgewicht des Budgets pro 1886 herzustellen. Die Aufstellung desselben werde einige Schwierigkeiten bereiten. Das Budget werde in nächster Zeit vorgelegt werden, dann könne man die in Frage stehenden Amendements der künftigen Budgetcommission überweisen. Der Antrag des Ministers wurde schließlich mit 314 gegen 177 Stimmen angenommen.

Paris, 18. März. Die Suezcanalcommission wird der „Agence Havas" zufolge am 30. d. M. hier zusammentreten; in der Eröffnungssitzung wird der Conseilpräsident Ferry den Vorsitz führen. — Eine Depesche des Generals Brière de l'Isle meldet die Blockade von Pakoi. Brière ist mit den Vorbereitungen zu neuen Operationen beschäftigt. — Aus Saigun vom 15. d. Mts. wird gemeldet, daß in Cochinchina Ruhe herrsche. Die Lage in Cambodga sei eine befriedigende, doch sei große Wachsamkeit nothwendig. Mehrere Beamte in Cambodga seien abgesetzt worden.

Der Reichskanzler und die österreichisch-ungarischen Zollrepressalien.

In der Reichstagssitzung vom 14. d. M. hat der Reichskanzler eine Aeußerung des Abg. Richter, daß die österreichisch-ungarische Zolltarifnovelle im Zusammenhang mit der deutschen stehe, bestritten. Er meinte, es sei sehr begreiflich, daß die Industriellen von Cisleithanien es [illegible], weil sie einen Vorwand brauchten, um einen [illegible] Schutzzoll für ihre Industrie herbeizuführen, aber „die agrarische Seite, Transleithanien, [illegible] das Bedürfniß hätte, die Einfuhr auf [illegible] und derartige Manufacte bedeutend [illegible] könne er sich nicht denken, [illegible] die unter unserem Zolle leide und vielleicht [illegible] weniger leiden werde, wenn sie ihrerseits [illegible] System in Bezug auf den Schutz ihrer Landwirthschaft bei sich einführe."

Die Annahme des Kanzlers, daß die österreichisch-ungarische Zolltarifnovelle nicht im Zusammenhange mit der unsrigen stehe, ist durchaus unzutreffend, und Herr Richter war nicht im Irrthum, als er die Aeußerung that, welche Fürst Bismarck zu widerlegen suchte. Der „Motivenbericht" zu dem dem ungarischen Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf läßt darüber nicht den geringsten Zweifel, daß die ungarische Regierung lediglich wegen der in Deutschland und Frankreich geplanten Erhöhungen der Getreidezölle mit der österreichischen Regierung eine Tarifnovelle vereinbart hat.

Der ungarische Handelsminister berichtet, daß schon Anfangs Februar eine Vorlage ausgearbeitet gewesen sei, welche als Retorsion gegen die französischen Agrarzölle dienen sollte. Diese Vorlage ist nicht eingebracht worden, weil inzwischen die deutsche Regierung dem Reichstage ihre Novelle unterbreitet hatte. „Diese Verfügung der deutschen Regierung", heißt es wörtlich, „konnte mit Rücksicht auf unsere Interessen nicht unbeachtet gelassen werden und veranlaßte uns, den gegen die Zollpolitik Frankreichs festgestellten Gesetzentwurf vor seiner verfassungsmäßigen Verhandlung den geänderten Verhältnissen entsprechend umzuarbeiten."

Nach Mittheilung der in Deutschland und Frankreich in Vorschlag gebrachten Zollsätze und einiger Verkehrstabellen fährt der Bericht fort: „Indem durch die höheren Zollsätze dieser Verkehr gefährdet wird, indem ein Theil unserer auswärtigen Märkte sich so abzuschließen rüstet, zwingt uns die Selbstvertheidigung, die Erschwerung der Concurrenz der fremden Producte wenigstens auf jenem Gebiete zu versuchen, auf dem wir uns durch Zölle vertheidigen können."

Weiter wird dann ausgeführt, daß die Erhöhung der Getreidezölle in ihrer Wirkung natürlich weder hinsichtlich Deutschlands noch hinsichtlich Frankreichs als Retorsion ihrer für uns nachtheiligen volkswirthschaftlichen Bestrebungen sich äußern könne, höchstens der Mehlzoll werde für die in der Nähe der österreichischen Grenze gelegenen deutschen Mühlen eine retorquirende Wirkung haben. Ferner wird gesagt:

„Wenn wir aber diese Staaten wollen fühlen lassen, daß wir ihre gegen uns gerichteten Bestrebungen ihrer Wirthschaftspolitik bei Verletzung unserer materiellen Interessen nicht mit Schweigen und Gleichgiltigkeit dulden werden, müssen wir solche Sätze unseres Zolltarifs hervorsuchen, welche die für den Export arbeitenden Fabriken und Industrie-Unternehmungen empfindlich treffen. Daß von den Industriezöllen mehr und vielleicht die wirksameren in erster Linie der österreichischen Industrie zum Vortheil gereichen, das ist eine Folge unserer wirthschaftlichen Verhältnisse, denn eben jene Industrien, welche in den an Deutschland grenzenden österreichischen Provinzen mit den betreffenden deutschen Industrieunternehmungen in fortwährender Concurrenz fortschreiten, bieten das geeignetste Material zur Retorsion."

Daß die österreichische und die ungarische Regierung von diesem Gesichtspunkte nur die passenden Zollsätze des Tarifs „hervorgesucht" haben, hat Fürst Bismarck selbst anerkannt, indem er sagte, es bestreite Niemand, daß die österreichisch-ungarische Tarifnovelle, wenn sie Gesetz werden sollte, für unsere Industrie „eine ganz außerordentlich nachtheilige" sei.

Aus den angeführten Stellen der Begründung geht hervor, daß die ungarische Regierung ihre Tarifnovelle in der denkbar schroffsten Form als eine Retorsionsmaßregel officiell hinstellt. Und wer noch daran zweifeln sollte, daß beide Tarifnovellen, die deutsche und die österreichisch-ungarische, miteinander in Zusammenhang stehen, wird sich leicht durch den Schlußsatz der Begründung überzeugen [illegible]. In demselben sagt der ungarische Handelsminister: „[illegible] Agrarzölle doch nicht in Gesetzeskraft treten sollten, werde ich während der Verhandlung die ausschließlich gegen Frankreich geplanten Zölle bezeichnen und deren Zurückziehung in Vorschlag bringen."

Was bedürfen wir weiter Zeugniß?

Deutschland.

⚓ **Berlin**, 18. März. Die „Kreuzztg." begleitet den gestrigen Beschluß der **Börsensteuercommission**, die nicht börsenmäßigen Waarengeschäfte von der Abgabe freizulassen, mit einer hochathmigen Lobrede. Sie hätten besser gethan zu untersuchen, was denn nach dem Commissionsbeschluß in Zukunft als „börsenmäßiges Waarengeschäft" gelten soll. „Als börsenmäßig gehandelt gelten", so lautet der Beschluß, „diejenigen Waaren, für welche an der Börse, deren Usancen für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden." Daraus folgt, daß ein und dasselbe Geschäft, je nachdem es an einer Börse abgeschlossen wird, welche Terminpreise notirt oder nicht notirt, abgabenfrei oder abgabenpflichtig ist! Gegenüber dem Einwande, daß es jeder Börse freistehe, ihre Usancen zu ändern und dadurch auch die sogenannten börsenmäßigen Waarengeschäfte abgabenfrei zu machen, wurde darauf hingewiesen, daß den Handelskammern die bezügliche Controle zustehe. Aber das heißt thatsächlich doch nur, daß die Handelskammern in der Folge bestimmen sollen, welche Termin-Geschäfte abgabepflichtig sein sollen, und welche nicht. Zur Begründung der Abgabenpflicht genügt dann die Anweisung, für bestimmte Geschäfte Terminpreise zu notiren. Zutreffend ist dagegen die weitere Bemerkung, daß die Abänderung der Erhebungssätze die Erhebung selbst wesentlich vereinfacht habe. Nach den früheren Beschlüssen wäre die Anfertigung von 105 Stempelformularen erforderlich gewesen; nach den gestrigen Beschlüssen reducirt sich die Zahl derselben auf 14. — Freilich ist diese Vereinfachung auf Kosten der zur Zahlung der Abgabe Verpflichteten erreicht.

* **Berlin**, 17. März. Die Zolltarifcommission berieth in ihrer heutigen Sitzung über die in der Regierungsvorlage beantragte Anmerkung 3 zu Nr. 29 des Zolltarifs Petroleum. Referent Abg. v. Kulmiz befürwortet die Nothwendigkeit einer anderen Verzollung des Petroleums im Interesse der heimischen Industrie, wonach Rohpetroleum zur Raffinirung zollfrei, raffinirtes Petroleum dem Zoll von 6 Mark und Schmieröl einem Zoll von 1 Mark unterliegen soll. Nach Schluß der Discussion wird der Antrag Racké, den Zoll auf 3 Mark zu ermäßigen, abgelehnt, und die Regierungs-Vorlage angenommen, wonach die Anmerkung lautet:

„Der Bundesrath ist befugt, Mineralöl, welches für die Reinigung, Raffinirung oder Destillirung in inländischen Betriebsanstalten bestimmt ist, unter Controle mit der Maßgabe vom Eingangszoll frei zu lassen, daß die daraus gewonnenen Producte beim Uebergange in den freien Verkehr des Zollgebietes wie ausländische zu behandeln sind."

F. **Berlin**, 18. März. Die freie wirthschaftliche Vereinigung des Reichstages hat in ihren Anträgen zur Zolltarifnovelle die Erhöhung des Eingangszolles für todtes Geflügel und Wild aller Art von 12 auf 30 Mk. pro 100 Kilogr. aufgenommen. Gegen diesen Vorschlag wenden sich Petitionen von süddeutschen Wild- und Geflügelhändlern, sowie von Gasthofbesitzern. Was den Geflügelzoll anbetrifft, so ist vorläufig, d. h. bis zum Ablauf des italienischen Handelsvertrages im Jahre 1892, eine Erhöhung desselben nicht möglich, weil der Zollsatz für nicht lebendes Geflügel aller Art durch jenen Vertrag in der Höhe von 12 Mk. gebunden ist und also auch für die übrigen meistbegünstigten Staaten nicht erhöht werden kann, aus Ländern aber, die nicht zu den meistbegünstigten gehören, keine Einfuhr von Geflügel in erheblicherem Maße stattfindet. Anders steht es freilich mit dem vierfüßigen Wilde. Ein höherer Schutz für die deutsche Jagd wäre eine Forderung, welche dieselbe Berechtigung hätte wie so manche andere, und gerade jetzt könnte man sich nicht wundern, wenn sie geltend gemacht [illegible] doch neben den erhöhten Korn- und Holzzöllen dem Großgrundbesitze zu Gute kommen.

Wie jetzt verlautet, sind in der jüngsten Zeit die Besorgnisse vor der Einführung eines Wollzolls in den Kreisen der Wollindustrie trotz des Beruhigungsmittels des Geschäftsführers des deutschen Centralverbandes so groß geworden, daß von denjenigen Plätzen aus, an denen eine stärkere Vertretung der für Deutschland so hochwichtigen Wollindustrie vorhanden ist, in ähnlicher Weise, wie seitens der am Holzhandel betheiligten Firmen, Vorstellungen an den Reichstag gerichtet werden, um das Zustandekommen des Wollzolls zu verhindern. Die Zollfreiheit der ausländischen Wolle ist eine Lebensfrage für die gesammte deutsche Wollindustrie, auch für die, welche für den heimischen Markt arbeitet, weil die Unmöglichkeit, bei Wollzöllen für den Weltmarkt zu arbeiten, die exportirenden Industriellen zwingen würde, den heimischen Markt so zu überführen, daß der Untergang der kleinen Fabrikanten unzweifelhaft würde.

* Gestern Nachmittag um 4 Uhr erschien der Reichskanzler Fürst **Bismarck** wiederum zu längerer Conferenz im kaiserlichen Palais.

* Die „Lib. Corr." schreibt: „Die „N. A. Z." beruft sich gestern mit besonderer Befriedigung auf die Broschüre des Prof. Dr. Jul. Kühn, Director des landwirthschaftlichen Instituts der Universität Halle: „Die Getreidezölle in ihrer Bedeutung für den kleinen und mittleren Grundbesitz." Herr Prof. Kühn widerlegt u. a. die Befürchtung, daß die Getreidezölle die Interessen der Arbeiter schädigen werden, mit folgenden Worten: „Wäre mit der Zolltarifnovelle eine derartige Gefahr verknüpft, sie

---

15

Die Sirene.

(Schluß.)

Als Alberto Villamagna meinen Freund in dem Hotel Italia aufsuchte, fand er eine sehr höfliche Aufnahme. Villamagna fing natürlich gleich von seinen Unternehmungen zu sprechen an und Jean Bart zeigte auch den Wunsch, Genaueres über die Sache zu erfahren. Er hörte nun viel von Actionären, die eintreten wollten, von solchen, die eintreten würden, wenn Andere ihnen vorangegangen wären; er mußte hören, wie vorzüglich die Aussichten für Alle wären; es käme nur darauf an, die Goldquelle fließen zu machen. Aber Niemand wolle der Erste sein. Der Marchese Lanzone wäre gleich nach dem Feste in Lavagnola abgereist, vielleicht um nicht mehr zurückzukommen.

„Es thut mir leid, daß ich nicht reich bin", sagte Jean Bart endlich, als seine Geduld zu Ende ging. „Ich habe auch Verpflichtungen gegen meine Familie, aber ich kann Ihnen hunderttausend Lire zur Verfügung stellen."

„Sie wollen mein Socius sein? Geben Sie mir Ihre Hand!" rief Villamagna aufspringend.

„Nein, Socius will ich nicht werden. Ich übergebe Ihnen diese Summe, weil ich davon keinen bessern Gebrauch machen kann; weil ich weiß, daß Sie sich damit von den anderen Kapitalisten freimachen und sich unabhängig eine Zukunft gründen können."

„Das ist aber eine Großmuth . . . . ." rief Villamagna.

„Des Armen", fiel Jean Bart ein. „Wissen Sie, die Armen sind immer großmüthig. Wer es gelernt hat, ohne Geld zu leben, legt auf dasselbe nicht so viel Werth, wie diejenigen, die im Besitz von Reichthum stets die Furcht haben, ihn zu verlieren."

„Aber dann ist es ein so großer Freundschaftsdienst, daß ich ihn kaum annehmen kann"

„Sie irren sich", bemerkte Jean Bart kühl; „ich bin nicht Ihr Freund und werde es nie werden. Sie haben mir die Frau geraubt, die ich liebte...."

Alberto Villamagna sprang von dem Stuhle auf, aber Jean Bart sprach ruhig weiter: „Bitte, hören Sie mich an. Sie haben mir die Frau genommen, die ich liebte, aber es war nicht Ihre Schuld. Ich war von dem jungen Mädchen bezaubert, ich hatte sie schon als Kind gekannt. Ich hatte gehofft und geträumt, einst durch Arbeit mein Glück zu erringen. Ich ging weit fort, um für sie das Vermögen zu erwerben. Es gelang mir; ich hätte zehn, zwanzig Mal reicher werden können, wenn ich länger geblieben wäre. Nach fünf Jahren hatte ich genug, um ihr eine Zukunft bieten zu können. Ich kehrte zurück und fand Amalie als Gattin eines Andern wieder. Ich kann und will es nicht sagen, was ich gelitten und noch leide. Alberto Villamagna, möge die Frau, die ich geliebt habe, die Ihre sein; aber möge Niemand es wagen, Ihrer Frau Anträge zu stellen, die . . . ."

„Mein Herr", rief Villamagna, der augenscheinlich nicht wußte, was er von dieser sonderbaren Unterhaltung denken sollte, — „ich erwarte von Keinem in dieser Hinsicht einen Rath."

„Gut; dann fangen Sie damit an, auf die Hilfe des Marchese Lanzone zu verzichten."

„Des Marchese! Was wollen Sie mit dem? Was wissen Sie? Sprechen Sie!"

„Nichts, nichts; erschrecken Sie nicht; nehmen Sie an, daß die argwöhnische Eifersucht eines unglücklichen Liebhabers aus mir gesprochen hat", sagte Jean Bart traurig lächelnd. „Jedenfalls aber verlassen Sie sich nicht auf die Unterstützung jenes Mannes; dann werde ich Ihnen gern mein Geld übergeben."

„Ich werde es Ihnen zurückgeben, sobald es möglich ist, und das wird nicht lange dauern."

„Nein, ich danke Ihnen", sagte Jean Bart ernst; „wozu soll mir das Geld dienen? Ich habe es mit schwerer Arbeit im Schweiße meines Angesichtes verdient, um mir eine Häuslichkeit zu gründen, einen Tempel der Liebe, der mich glücklich machen sollte nach den Jahren der Sorge. Die schönen Träume sind zerstört. Für die traurige Wirklichkeit brauche ich wenig zum Leben, beinahe nichts. Es würde mir lieb sein, wenn ich Ihnen das Geld jetzt übergeben könnte, die Summe liegt bereit."

Alberto Villamagna legte das Geld in seine Brieftasche. Ich hätte es nie geglaubt, und würde es auch nicht glauben, wenn ich es nicht gesehen hätte. Der Mann von Welt, der Pariser, der stets alle Verhältnisse so geistreich auffaßte, der stets die schlagendsten Redewendungen bereit hatte, stand vollständig verwirrt da und betrachtete Jean Bart mit starren Augen. Jeder Mensch hat einmal in seinem Leben seine schlimme Viertelstunde, in der er einem Stumpfsinnigen ähnt. Der arme Villamagna hatte sie in diesem Augenblicke.

Ob Villamagna den guten Rath Jean Barts so annahm, wie das Geld, das weiß nicht. Dann hätte er damit anfangen müssen, dem Marchese Lanzone einen Theil der eben erhaltenen Summe zu geben. Ich glaube nicht, daß er es gethan hat. Das ist aber gewiß, daß aus der Gasspeculation nichts wurde. Es verging ein Jahr nach dem andern und meine liebe Vaterstadt begnügte sich immer noch mit ihrer bescheidenen Oellampen."

Und Jean Bart? Er ging nach Amerika zurück. Was dort aus ihm geworden ist, habe ich nicht mit Bestimmtheit erfahren können. Er verließ mich mit dem Versprechen, mir zu schreiben, wenn er geheilt sein würde. Bis jetzt hat er mir kein Wort geschrieben. Zwei Jahre nach seiner Abreise verbreitete sich das Gerücht, Giovanni Bartoli wäre in das Heer eingetreten, um einen Feldzug gegen die Argentiner mitzumachen und sei dabei gefallen. Armer Jean Bart! Niemand war ihm dankbar; Niemand kannte seine Großherzigkeit; die Welt wußte nicht, wie gut sein Herz war. Ich wußte es und mußte es erzählen.

Vor nicht langer Zeit habe ich Frau Amalie wiedergesehen, aber ohne ihren Gemahl, denn er war eines Tages verschwunden, wie es manche Ehemänner zu thun pflegen; sie war mehr als zehn Jahre jünger geworden, während ich ihr Alter genau kannte. Natürlich sprach ich mit ihr von der vergangenen Zeit. Unsere Unterhaltung, die schon vorher nicht sehr angenehm und freundlich war, wurde ziemlich heftig, als ich ihr sagte, daß ich die Absicht habe, natürlich mit Verschweigung der Namen, die Geschichte meines Jugendfreundes in die Oeffentlichkeit zu bringen. Sie wollte den Inhalt wissen und ich schickte ihr ohne Weiteres die Abschrift des Entwurfs meiner Arbeit zu. Später schrieb sie mir von Wien, wo sie den Marchese an ihr unnützes Dasein gefesselt zu haben scheint. Hier ist eine Probe ihres Briefstils, mit der ich schließen will.

„Ich habe Deine sentimentale, zu sentimentale Geschichte gelesen. Du hast geändert und gemildert, besonders was mich anbetrifft. Ich bin die Sirene. Drucke es nur und füge hinzu, daß Du ein Dummkopf bist. Ich bin aber sicher, daß Du das nicht wagen wirst."

Nun, da ist es geschehen! Sie war leider nicht die erste, die mir das gesagt hat.

würde gewiß nicht die Sanction Sr. Majestät unseres erhabenen Kaisers und Königs erlangt haben, dessen allerhöchste Botschaft vom 17. Novbr 1881 in landesväterlicher Fürsorge ausdrücklich „positive Förderung des Wohles der Arbeiter“ verheißt. Und ebenso wenig würden die verbündeten Regierungen den Bundesrath zur Zustimmung zu einer solchen Gesetzesvorlage ermächtigt haben.“ Weshalb mag wohl die „N. A. Z.“ dieses treffliche Argument ignorirt haben?“

* Die **ungarische Regierung** läßt nach einem Telegramm des „Hamb. C.“ gegenüber der am Sonnabend vom Fürsten Bismarck gehaltenen Rede officiös erklären, daß die österreichisch-ungarische **Zollnovelle nur durch die deutsche Zollpolitik veranlaßt** wurde und als Repressalie gegen die deutschen Getreidezölle anzusehen sei. Wenn in der dritten Lesung der deutsche Reichstag die Getreidezoll-Erhöhung ablehnen sollte, würde auch in Oesterreich-Ungarn die Zollerhöhung gegenüber Deutschland fallen gelassen werden. (Vergl. den vorstehenden Leitartikel.)

* Pester Meldungen zufolge finden zwischen dem Berliner und Wiener Cabinet seit Kurzem diplomatische Verhandlungen über die Zollfrage statt. Man glaubt, daß es im Plane liegt, wesentliche Milderungen für den gegenseitigen Verkehr zu schaffen.

* Mehrere Tausend Socialdemokraten hatten sich am Sonntag im Grunewald zusammengefunden. Der Zweck, dort im Freien eine Versammlung abzuhalten, wurde aber durch die hiervon benachrichtigte Gendarmerie, die in großer Stärke am Platze war, vereitelt. Den Vortheil hatten die Bocklokale, die überfüllt waren.

* Eine große Schuhmacher-Versammlung, welche gestern Abend in der Urania in der Wrangelstraße tagte, wurde polizeilich aufgelöst.

* Ueber die Gründung einer **südwestafrikanischen Gesellschaft Angra Pequena** wird der „Fr. Ztg.“ geschrieben:

„Am Sonnabend hat auf Veranlassung des Herrn Geheimraths v. Bleichröder hierselbst eine Besprechung stattgefunden behufs Gründung einer Gesellschaft, welche die Lüderitzschen Besitzungen übernehmen soll. An derselben betheiligten sich die Vertreter unserer ersten Banken und Bankfirmen. Man einigte sich dahin, daß die einzelnen Banken und Firmen sich mit einem gewissen Betrage an dem Anlagekapital von 1 200 000 Mk. interessiren sollen. Die Zeichnungen, an denen sich auch verschiedene auswärtige Großgrundbesitzer betheiligten, ergaben einen Betrag, welcher das Zustandekommen der Gesellschaft vollständig sichert; der Chef unseres ersten Bankhauses erbot sich allein, einen sehr bedeutenden Betrag zu übernehmen. Man beabsichtigt indessen auch noch einigen ersten auswärtigen Firmen den Zutritt zu dem Unternehmen offen zu lassen und eine diesbezügliche Aufforderung an dieselben zu richten. In die Verwaltung sollen die jüngeren Chefs unserer ersten Firmen eintreten.“

* Nach einer anderweitigen Mittheilung der Leitung der ostafrikanischen Gesellschaft wird möglicher Weise schon im Mai eine erste Expedition von vielleicht 30 bis 40 Auswanderern nach Ostafrika abgehen. Mögen dieselben es nie zu bereuen haben!

* Unser Consul in Kamerun, Hr. Eduard Schmidt, befindet sich auf der Reise nach Berlin. Eine Depesche an seinen Vater kündigt seine Ankunft in Berlin zu Ostern an. Ein gleichzeitig eingetroffener Brief vom 11. Januar giebt den Grund der Verzögerung seiner Abreise an. Er hatte sich in das Innere begeben, um für das Haus Woermann mit vier Königen wegen weiterer Landankäufe abzuschließen.

Köln, 17. März. Der Verein der Industriellen der Rheinprovinz beschloß einstimmig, daß eine internationale Regelung der Währungsfrage auf Grund der vertragsmäßigen Doppelwährung anzustreben sei. Der Verein wird wohl vergeblich „streben“!

Rußland.

ac. Aus Petersburg wird geschrieben: Im Laufe einer Unterhaltung mit einem ausgezeichneten General, der einen Plan der Eisenbahnausdehnung in Turkestan befürwortete, soll der Zar folgende bedeutungsvolle Aeußerung gemacht haben: „Ich kann nicht begreifen, daß irgend Jemand, mit Ausnahme der wildesten Träumer, sich nur einen Augenblick einbilden kann, daß ich die Absicht habe, Krieg zu erklären, da kein Erfolg unserer Waffen uns Entgelt für die Opfer gewähren würde, die wir zu bringen berufen sein dürften. „Die Zukunft Rußlands in Asien“, fuhr der Kaiser fort, „ist prädestinirt für eine glorreiche Verwirklichung durch den unwiderstehlichen Marsch der Civilisation und nicht durch die Anwendung von Gewalt.“

Asien.

ac. Dem Reuter'schen Bureau wird aus **Teheran**, 15. d., gemeldet: Ein hier aus Askabad eingetroffener Brief vom 24. Februar meldet, daß dort außerordentliche Vorsichtsmaßregeln in Bezug auf Fremde und deren Verkehr mit der Außenwelt getroffen werden. Truppen und Kriegsmaterial werden täglich in der Richtung von Merv abgesandt. Die Truppen werden vor ihrem Abmarsche von den Priestern mit großer Feierlichkeit eingesegnet; und es wird ihnen eingeprägt, tapfer gegen die Feinde des Zaren zu kämpfen. Es herrscht große Aufregung und die Wahrscheinlichkeit einer Kriegserklärung gegen die Engländer wird von Civilisten und Militärs offen besprochen. Im Ganzen haben, wie es heißt, 16 000 Mann aller Waffengattungen Marschbefehl nach Merv erhalten.

Dem „Standard“ wird aus **Calcutta** vom 14. d. gemeldet: Dem Emir werden unverzüglich eine Batterie schwerer Artillerie, eine Batterie Berggeschütze, sowie 5000 Sniderbüchsen mit 250 Patronen für jedes Gewehr geliefert werden. Dieses Geschenk kann unter den gegenwärtigen Umständen kaum anders als für bedeutungsvoll angesehen werden.

Von der Marine.

* **[Schiffsbewegungen.]** (Das Datum vor dem Orte bedeutet Ankunft daselbst, nach dem Orte Abgang von dort.) Kreuzer „Albatroß“ 27/12. 84 Apia. — Letzte Nachricht von dort 3/2. (Poststation: Sidney [Australien].) — Kreuzer-Corvette „Ariadne“ 8/3. Teneriffa 9/3. (Poststation: Plymouth.) — Kreuzer-Fregatte „Bismarck“. Letzte Nachrichten aus Kamerun vom 19/1. — Kreuzer-Fregatte „Elisabeth“ 2/1. Yokohama. (Poststation: Hongkong.) — Panzer-Fregatte „Friedrich Carl“ Poststation: Wilhelmshaven. — Kreuzer-Fregatte „Gneisenau“ 27/1. Zanzibar. — Kreuzer „Habicht“ Madeira 22/2. 1/3. St. Vincent (Cap Verds.) — Panzer-Corvette „Hansa“ Poststation: Kiel. — Kanonenboot „Hyäne“ 29/1. Cooktown 17/2. (Poststation: Sidney [Australien].) — Kanonenboot „Iltis“ 22/12. 84 Chemulpo (Korea). Letzte Nachricht von dort 16/1. (Poststation: Hongkong.) — Aviso „Loreley“ 2/3. Konstantinopel. (Poststation: Konstantinopel.) — Kreuzer-Corvette „Marie“ 1/12. 84 Matupi. (Poststation: Sidney [Australien].) — Kreuzer „Möwe“ Kamerun 3.1. 85. (Poststation: Madeira.) — Kreuzer „Nautilus“ 19.8. 84 Tientsin. (Poststation: Hongkong.) — Kreuzer-Corvette „Nymphe“ 6/2 La Guayra 11/2. — nach Puerto Cabello. (Poststation: St. Thomas [Westindien]). — Kreuzer-Corvette „Olga“. Letzte Nachrichten aus Kamerun vom 19/1. 85. — Kreuzer-Fregatte „Prinz Adalbert“ 11/1. Callao. 12/3. nach Valparaiso. (Poststation: Valparaiso [Chili].) — Brigg „Rover“ 20/1. St. Vincent 10/2. Heimreise. (Poststation: Plymouth.) — Kreuzer-Fregatte „Stosch“ 17/1. 85 Shanghai. Letzte Nachricht von dort 4/2. (Poststation: Sidney [Australien].)

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 18. März. **Reichstag.** Tagesordnung: Zolltarifnovelle (Holzzölle.)

Zunächst erlangen die Freisinnigen einen Sieg, indem die Anträge Kröber und Grillenberger mit 138 gegen 132 Stimmen angenommen wurden: „in Nr. 13 hinter a einzufügen sub a 1 Rohholz von Cedern 0,10 Mk., geschnittenes Holz von Cedern 0,25 Mk., Brugès- (Erika-) Holz in geschnittenen Stücken frei. Die Mehrheit setzte sich zusammen aus Liberalen, dem Centrumsabgeordneten Windthorst, Nintelen, Rudolphi, Kehler, Spahn, Racke, Graf Dieden, den wenigen anwesenden Polen und den Conservativen Ungern-Sternberg und Hartmann.

Die Debatte über Bau- und Nutzholz wurde, nachdem der Abg. Kröber (Volksp.) gegen und der bairische Commissar Ganghofer und Frhr. v. Ow (freicons.) für die Zollerhöhung gesprochen hatten, auf morgen vertagt. Die Debatte wurde eingeleitet durch den

Abg. **Rickert**: Bei dieser Position wird die Wirthschaftspolitik discreditirt. Der Schutz des Walds kommt gar nicht in Frage. Die betreffenden Hölzer wachsen gar nicht in Deutschland; deshalb möge man von der Zollerhöhung absehen. Wir sind es, welche die nationale Industrie, auf welche Deutschland stolz sein kann und welche mit Mühe die Concurrenz des Auslandes ausgehalten hat, gegen den Eingriff einer rauhen Hand schützen. Durch die Erhöhung des Zolls auf Cedernholz wird eine berühmte Industrie getroffen. Es ist bekannt, daß die Bleistiftfabrikation, wozu das Cedernholz verwendet wird, namentlich die von Faber bei Nürnberg, einen Weltruf hat. Dort werden 6000 Arbeiter von dieser Industrie beschäftigt — 3000 in den Fabriken selbst und ebenso viele in den Häusern — und diese ganze Industrie greift die Vorlage ungerechtfertigter Weise an. Sie machen die Industrie dadurch unfähig zur Concurrenz auf dem Weltmarkte. Eine Vertheuerung der Waare auch nur um 1 Proc. ist sehr wesentlich. Lübeck und Hamburg, auch Mecklenburg werden durch die Vorlage aufs schwerste geschädigt. Das Brugèsholz wird aus Frankreich [illegible] eingeführt und zu Pfeifen verarbeitet. Der jetzige Zoll darauf bringt 1800 Mk. ein; wenn Sie den Zoll wirklich um das Sechsfache erhöhen, so ist das immer noch eine Lappalie. Durch die Zollerhöhung [illegible] eine Prämie auf die Fabrikation der schlechten Surrogate.

Abg. **Graf Stolberg** (cons.) kann sich nicht überzeugen, daß eine Ausnahme zu Gunsten der ausländischen Hölzer nothwendig sei. Er behält sich aber eine Aenderung seines Votums bis zur 3. Lesung vor, falls der Nachweis der Schädigung geführt werde.

Der baierische Commissar **Ganghofer** spricht gegen den Antrag: die Zollerhöhung falle nicht ins Gewicht.

Abg. **v. Stauffenberg** (freis.) wundert sich über die Haltung des Vertreters von Baiern, [illegible] bedroht sind. Der Schutz der nationalen Arbeit [illegible] Deutschland [illegible] können. Die große Fabrik in [illegible]deutschland, welche Brugèsholz verarbeite, habe ihren Absatz ausschließlich nach Frankreich, England, Amerika und Australien; sie beziehe von Preußen jährlich 12 000 Kilo Bernstein. Würden viele Fabriken durch Zölle geschädigt, so treibe man sie aus Deutschland hinaus.

Staatssecretär **v. Burchard** ist gegen die Anträge, da ein geringer Zoll keinen schädigenden Einfluß habe.

Es sprechen noch **Klumpp** (nationalliberal), **v. Gramatzki** (cons.), **v. Waldow-Reitzenstein** (cons.), für, **Dirichlet** (freis.), **Grillenberger** (soc.), **Windthorst** (Centr.) und **Stiller** (freis.) gegen die Zollerhöhung. Abg. **Stauffenberg** constatirt, daß von Ganghofer nicht der Schein eines Grundes vorgebracht sei.

Nummer 13a (Brennholz, Schleifholz u. zollfrei) wird in der Commissionsfassung, alsdann die Anträge wie angegeben genehmigt.

Bei Bau- und Nutzholz hält Abg. **Kröber** (Volkspartei) gegen die Zollerhöhung eine [illegible]ständige Rede. Außer dem Getreidezoll greife keiner so tief in das Wirthschaftsleben ein wie der Holzzoll. Redner beruft sich auf zahlreiche Petitionen aus Baiern, Württemberg, Hessen, [illegible] Gemeindeverwaltungen protestirt hätten; keine Petition für die Zölle eingegangen. Die Handels- und Gewerbekammern hätten sich gegen dieselben ausgesprochen. Redner nimmt Bezug auf die Versammlung der Holzhändler vom 2. März in Berlin. Er bestreitet den Rückgang der Holzpreise in Baiern und weist ziffernmäßig nach, daß dieselben stetig gestiegen seien. Die Forstverwaltung würde durch größeres Entgegenkommen gegenüber den Holzhändlern und bessere Bewirthschaftung eine größere Rente erzielen. Der Holzbedarf werde stets größer; im vergangenen Jahre habe die Regierung russische Schwellen bestellt.

Nachdem noch der Commissar Ganghofer und Abg. v. Ow für die Zollerhöhung eingetreten, wird die Debatte vertagt.

Berlin, 18. März. **Abgeordnetenhaus.** Tagesordnung: Wahlprüfungen, Anträge, Petitionen.

Nach längerer Debatte werden die auf die Oder-Regulirung bezüglichen Anträge einer Commission überwiesen. Vor Schluß der Sitzung fragt Abg. Wehr, ob es dem Präsidenten bekannt sei, daß seitens der Regierung ein Gesetzentwurf betreffend die Entschädigung der durch die diesjährigen Ueberschwemmungen der Weichselniederungen Betroffenen eingehen werde. Der Präsident erklärt, daß die Vorlage bis jetzt noch nicht eingegangen sei. [illegible] Abg. Wehr [illegible] Interpellation.

Berlin, 18. März. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt über die französische Maßregel, Reis als Kriegscontrebande zu erklären, sie hoffe, daß dieselbe nicht eine so nachtheilige Wirkung auf den deutschen Frachtverkehr in den französischen Gewässern haben werde, wie in deutschen Handelskreisen befürchtet werde. Jeder Krieg habe aber auch Uebel für neutrale Mächte im Gefolge. Die Maßregel ist völkerrechtlich statthaft. Nicht bloß den belagerten Festungen gegenüber sei das Abschneiden der Zufuhr von Lebensmitteln eine berechtigte Maßregel der Kriegführung, aber nur, wenn sie gleichmäßig gegen alle neutralen Schiffe durchgeführt werde. Wenn Frankreich gegenüber einzelnen Nationen darauf verzichtet hätte, würde es die Schiffe aller andern Nationen in gleicher Weise behandeln müssen.

London, 18. März. **Unterhaus.** Schatzsecretär Childers erwidert auf eine Anfrage Northcote, er hoffe, am Nachmittag in allgemeinen Umrissen Mittheilungen über die ägyptische Finanzdeclaration der Finanzconvention machen zu können; die Vorlegung des Schriftenentwurfs erfolge voraussichtlich am Freitag.

Rom, 18. März. In der Kammer erklärte Minister Mancini, da keine Anträge zur Interpellation betreffs der Colonialpolitik der Regierung eingebracht seien, betrachte er dies als indirecte Zustimmung zur Regierungspolitik. Das Schweigen der Kammer werde der Regierung Anlaß geben, wie bisher die nationalen Interessen des Volkes zu verfolgen. Cavallotti bringt in Folge der Erklärung Mancinis eine Interpellation über das Resultat der auswärtigen Politik der Regierung ein. Mancini erläuterte seine obige Erklärung dahin, daß er die patriotische Haltung der gesammten Kammer dadurch hervorheben wollte; er sei nicht in der Lage, die Interpellation Cavalotti's zu acceptiren. Da Cavalotti nicht weiter auf der Interpellation besteht, ist der Zwischenfall damit geschlossen.

Rom, 18. März. Der Artillerie-Capitän Gioppi ist zum Attaché beim Hauptquartier Grahams ernannt; derselbe reist demnächst nach Suakin ab.

Danzig, 19. März.

* [Unglücksfall.] Der bei dem vorgestrigen Brande des Arbeiter-Wohnhauses zu Saspe durch Brandwunden schwer verletzte 69jährige Nachtwächter Zupenla[illegible] ist bereits gestern an seinen Wunden verstorben.

* [Wochen-Nachweis der Bevölkerungsvorgänge vom 8. bis 14. März.] Berechnete Bevölkerungszahl 119 214. Lebend geboren in der vorletzten Woche 34 männliche, 34 weibliche, zusammen 68 Personen, todtgeboren 3. Gestorben in der letzten Woche 35 männliche, 23 weibliche, zusammen 58 Personen (davon in Krankenhäusern 10 gestorben). Es starben im Alter von: 1 Jahr: 19, 2—5 Jahren: 13, 6—15 Jahren: 5, 16—20 Jahren: —, 21—30 Jahren: 3, 31—40 Jahren 3, 41—60 Jahren: 2, 61—80 Jahren: 11, 81 Jahren und darüber: 2, Alter unbekannt: — Es starben an: Scharlach 5, Rachen-Diphtherie u. Halsbräune (Croup) 4, Keuchhusten —, Typhus, Nervenfieber 1, Kindbettfieber —, anderen Infectionskrankheiten 3, Lungenschwindsucht 1, Lungen- und Luftröhren-Entzündung 4, anderen acuten Krankheiten der Athmungsorgane —, Gehirnschlagfluß 2, Darmkatarrh 2, Brechdurchfall 6, an verschiedenen anderen Krankheiten 29, durch Verunglückung 1.

* [Freiwilligenprüfung.] Bei der am 17. d. M. beendigten Prüfung von Aspiranten für den einjährig-freiwilligen Militärdienst im hiesigen Regierungsgebäude erhielten 10 Bewerber das Befähigungszeugniß, während 9 die Prüfung nicht bestanden.

* [Experimental-Vorträge.] Die im Inseratentheil der gestrigen Abend-Ausgabe für nächste Woche angekündigten physikalisch-naturwissenschaftlichen Vorträge des hier vortheilhaft bekannten Physikers Amberg haben bis nach dem Osterfeste verschoben werden müssen, da Hr. Amberg inzwischen einen Vortrags-Cyclus in Königsberg hat eröffnen müssen.

Rosenberg, 17. März. Bei der westpreußischen Feuersocietät sind im hiesigen Kreise aus 28 Ortschaften Versicherungen auf Gebäude abgeschlossen, für welche die halbjährlichen Prämien 4413 *M.* betragen. Nachdem zur Deckung der Brandschäden der ganze [illegible] aufgebraucht worden, bleibt, wie in der [illegible] schon mitgetheilt ist, noch ein Deficit von [illegible] *M.*, welches durch außerordentliche Beiträge, die [illegible] der halben Jahresprämie ausmachen, gedeckt [illegible] und für unsern Kreis die Höhe von [illegible] erreicht. Die anderen Ortschaften sind [illegible] der ostpreußischen Feuersocietät engagirt. [illegible] in den beiden [illegible] [illegible] Denn während in den [illegible] die Brandschäden durchschnittlich [illegible] die Prämien aber nur 193 253 *M.* betrugen, [illegible] jährlich 365 233 *M.* Zuschuß erforderlich waren, erreichte im Jahre 1884 die Höhe der Brandschäden nur 292 017 *M.*, mithin 266 474 *M.* weniger als in jedem der drei vorangegangenen Jahre. Bei vier Gefahrenklassen theilte die Societät seit 10 Jahren die 25 Bezirke nach Höhe und Zahl der Brandschäden in eine gute Gruppe, eine mittlere Gruppe und in Brandbezirke ein. Nach Verhältniß der Beiträge betrugen die Brandschäden in der mittleren Gruppe zweimal soviel, in den Brandbezirken viermal soviel als in der guten Gruppe. Da nun den Bezirken, in denen nur wenig Brände vorkommen, füglich nicht zugemuthet werden kann, daß sie für die von vielen Brandschäden heimgesuchten Bezirke solche großen Opfer bringen, so sind für diejenigen 5 Bezirke, in denen unter den gedachten 25 Bezirken während der letzten 10 Jahre nicht allein die Brandschäden sehr hoch waren, sondern auch viele Brände stattfanden, die im § 31 des Reglements angegebenen Beiträge um 25 % erhöht worden und es hofft die Direction, daß die in dieser Weise erhöhten Beiträge in Zukunft wohl hinreichen werden, um die Brandschäden zu decken. Um den vielseitigen Wünschen nachzukommen, beabsichtigt die ostpreußische Feuer-Societät demnächst auch eine Mobiliar-Versicherung ins Leben zu rufen. — Die Frühjahrs-Controlversammlungen beginnen am 14. April in Rosenberg und enden am 18. in Riesenburg.

Garnsee, 17. März. Während des Kalenderjahres 1884 sind bei dem hiesigen Postamte gezählt worden: an eingegangenen Briefen 58 464 Stück, aufgelieferten Briefen 47 070 Stück, eingegangenen Packeten 4698 Stück, aufgelieferten Packeten 3096 Stück, aufgelieferten Postanweisungen 5187 Stück mit 293 356 *M.*, ausgezahlten Postanweisungen 1860 mit 96 009 *M.*, aufgelieferten Telegrammen 510 Stück (Gebühr 389 *M.*), eingekommenen Telegrammen 2027 Stück. — Um die hiesige Rectorstelle haben sich bisher 20 Candidaten beworben, von denen der Magistrat zuvörderst sieben ausgewählt und zur Abhaltung einer Probelection eingeladen hat. — Bezüglich der Besetzung der vierten Lehrerstelle hat der Magistrat auf die Ausübung seines Wahlrechtes Verzicht geleistet und die Regierung um Ueberweisung eines unverheiratheten Schulamts-Candidaten, wenn angänglich eines solchen, der des Orgelspiels kundig ist, gebeten.

Krone, 15. März. Auf dem Gute P. widersetzte sich der Hofmeister dem Gutsherrn und ging demselben zu Leibe. Als der Inspector dem Prinzipal zu Hilfe kam und beide den Unbändigen nicht bezwingen konnten, feuerte der Beamte einen Schrotschuß auf den Hofmeister ab, der aber, wie später sich herausstellte, nicht lebensgefährlich war. Der Inspector aber, der den Schuß wohl für unbedingt tödtlich hielt, machte seinem Leben durch Ertränken ein Ende.

Memel, 16. März. Bekanntlich sind bei einem Sturme Anfangs Februar d. J. mehrere Fischer aus Bommelsvitte bei der Ausübung ihres Gewerbes, da es ihnen nicht gelang, rechtzeitig den Hafen zu erreichen, umgekommen und viele Familien dadurch ihrer Ernährer beraubt worden. Dieser Fall sowohl, wie die häufig vorkommenden Unglücksfälle an der ostpreußischen Küste haben den Staatsbehörden erneut Veranlassung gegeben, Untersuchungen anzustellen, ob an dieser Küste nicht auf die Einführung besserer und seetüchtigerer Fischerboote hinzuwirken sei. Professor Dr. Benecke in Königsberg bemerkt in seinem Berichte über die Londoner Fischerei-Ausstellung, daß die Boote mit schottischer Bauart für unsere flachen Küsten sehr geeignet seien. Die anzustellenden Untersuchungen werden ergeben, ob auf die Einführung dieser Boote hinzuwirken ist, oder ob die scharf auf den Kiel gebauten Boote schwedischer Bauart vorzuziehen sind. (Pr.-L. Ztg.)

Zuschriften an die Redaction.

Von Seiten eines der Herren Interessenten werden wir um nachstehende Veröffentlichung in einer Angelegenheit ersucht, die wahrscheinlich auch den landwirthschaftlichen Central-Verein für Westpreußen in seinen Versammlungen am Freitag und Sonnabend beschäftigen wird:

Bei Gelegenheit einer Wahl zum Landschaftsdeputirten hat am 5. d. in Tuchel eine zahlreich besuchte Versammlung Beschlüsse gefaßt und Anträge gestellt, die dem Herrn Generallandschaftsdirector übergeben werden sollen. Unterschrieben sind dieselben u. A. von dem Herrn Landschaftsrath des Konitzer Landschaftskreises und sämmtlichen Kreisdeputirten. Die Anträge an den westpreußischen Generallandschaftsdirector lauten:

Wir ersuchen Ew. Hochwohlgeboren, Veranlassung zu nehmen, baldigst einen Generallandtag einberufen zu wollen, und werden wir aus dem Landschaftskreise Konitz (bestehend aus den Kreisen Schwetz, Tuchel, Konitz und Schlochau) alsdann folgende Anträge stellen:

1. Die heutigen Zeit- und Geldverhältnisse zu benutzen und eine Umwandlung der 4procentigen Pfandbriefe in 3½procentige Pfandbriefe veranlassen zu wollen.

2. In der Voraussetzung, daß der Zinsfuß auf 3½ % herabgesetzt wird, ist die Beleihungsgrenze bis ¾ (7½ Zehntel) der landschaftlichen Werthtaxe zu erweitern. Bei einer Beleihung über $^{6}/_{10}$ der Werthtaxe sind weitgehende Beschränkungen und Vorsichtsmaßregeln zu treffen, insbesondere eine weitere Beleihung nur dann stattfinden zu lassen, wenn daran die Bedingung zu knüpfen ist, daß das Gut nicht höher mit Hypothek belastet werden darf, bevor die Abzahlung bis auf $^{6}/_{10}$ erfolgt ist.

3. Das landschaftliche Darlehn ist zu theilen; der eine Theil mit Tilgungszwang, der andere ohne, und zwar die ersten $^{3}/_{10}$ der Taxe ohne Tilgung. Bei dem Rest des Darlehns den Tilgungszwang aufrecht zu halten und nicht nur wie bisher mit ½ %, sondern mit 1 % zu tilgen. Bei den amortisirbaren Pfandbriefen wiederum wie früher die Ausloosung zum Vollwerthe stattfinden zu lassen.

4. Bei dem Darlehn bis $^{6}/_{10}$ ist der Tilgungsfonds als Reserve- und Sparfonds für den Besitzer zu betrachten und muß demselben auf sein Verlangen herausgegeben werden, wenn $^{1}/_{10}$ des Taxwerthes getilgt ist. Bei dem Darlehn über $^{6}/_{10}$ ist die Amortisation zur Tilgung dieser Schuld zu verwenden, und, wenn diese getilgt, dieser Theil zur Löschung zu bringen.

5. Die Verwaltung der Landschaft ist zu centralisiren. Die vier Provinziallandschaften und Directionen Bromberg, Schneidemühl, Marienwerder, Danzig — jede Direction besitzt ihren eigenen selbstständigen Verwaltungsapparat — sind aufzulösen und ist eine Verwaltungsbehörde zu bilden.

6. Ohne die Gründlichkeit und Sicherheit der Werthtaxen zu beeinträchtigen, sind dieselben durch Fortlassung gänzlich überflüssiger nutzloser Formalitäten weniger umständlich, schneller und billiger zu bewirken.

7. Die landschaftliche Feuer-Societäts-Zwangs-Genossenschaft ist entweder in ihren Prinzipien und hinsichtlich der Verwaltung ganz wesentlich zu ändern, so daß die Beiträge um Bedeutendes billiger werden, oder ist gänzlich aufzulösen und die Versicherung, unter gewisser Controle der Landschaft, guten, soliden Gegenseitigkeitsgesellschaften zu übertragen.

In der Begründung dieser Anträge wird u. A. ausgeführt: Als vor etwa vier Monaten aus diesen Kreisen der Vorschlag gemacht wurde, die Convertirung der Pfandbriefe in 3½procentige in Aussicht zu nehmen, ist dieser Vorschlag als frommer Wunsch zu dem übrigen gelegt. Heute können wir bereits aus dem Courszettel den Beweis liefern, daß unsere Voraussetzung des weiteren Fallens des Zinsfußes richtig war und es jetzt bereits sehr möglich ist, die Convertirung zu bewerkstelligen. Eine Prämie und Zuzahlung bis zu 2—3 % wird zwar in Betracht gezogen werden müssen. Wenn diese Prämie aus dem Amortisationsfonds genommen, oder im Fall ein solcher nicht vorhanden, durch jährliche Zuzahlung von ½ % gedeckt wird, so wird dieselbe keine wesentliche Erschwerung und Opfer für den Besitzer verursachen.

Als die Beleihungsgrenze auf $^{6}/_{10}$ der Werthtaxe festgesetzt wurde, war der Zinsfuß 4½ % und für das sechste Zehntel sogar 5 % Zinsen. Jetzt soll bei 3½ % eine Erweiterung der Beleihung bis auf 7½ Zehntel stattfinden. Ein kleines Rechen-Exempel! Bei einer Werthtaxe von 100 000 beanspruchten früher eine Beleihung von $^{6}/_{10}$ = 60 000 a 4½ = 2700 Zinsen; jetzt für eine Beleihung von 7½ Zehntel = 75 000 a 3½ = 2625 Zinsen. Die Sicherheit der Pfandbriefe in sich selbst muß unzweifelhaft festgehalten werden und darf keinenfalls durch die Genossenschaft bedingt werden. Wir wollen daher die Beleihung über $^{6}/_{10}$ an weitgehende Sicherheitsmaßregeln und Beschränkungen knüpfen, und da halten wir die Bestimmung, daß hinter der landschaftlichen Schuld keine weiteren Eintragungen auf das Gut stattfinden dürfen, für die beste und sicherste. Wir müssen bei den heutigen Verhältnissen für Westpreußen ¾ der Werthtaxe als nothwendigen und wünschenswerthen Grund- und Bodencredit annehmen. Der vierte Theil des Gutes muß mindestens Eigenthum des Besitzers sein, eine weitere Belastung und Schwächung des Besitzstandes muß mit aller Kraft verhindert werden, und man muß dem Besitzer eine weitere Beleihung derart erschweren, daß derselbe in den meisten Fällen es vorziehen wird, stärkeren Händen seinen Besitz zu überlassen.

Aus verschiedenen, bereits vielfach erörterten Gründen ist es prinzipiell richtig und nothwendig, zwangsweise eine jährliche Tilgung zu verlangen, aber nicht nothwendig und unrichtig ist es, diese Tilgung bei den ersten $^{3}/_{10}$ der Landschaftsschuld stattfinden zu lassen. Das Ideal, einen gänzlich schuldenfreien Besitz anzustreben, ist wohl als aufgegeben zu betrachten. Das Bedürfniß, bis zu $^{3}/_{10}$ der landschaftlichen Werthtaxe den Grundbesitz zu belasten, wird als feststehend angenommen werden können. Daher wollen wir von diesen keine Tilgung verlangen, aber von dem zweiten Theil der Schuld eine stärkere mit 1 %. Wir wollen den Tilgungsfonds zu einer schnelleren Tilgung unserer Schuld verwandt wissen und einen Spar- und Reservefonds haben, den wir in absehbarer Zeit erheben.

Jeder, der die Verhältnisse der westpreußischen Landschaft kennt, wird zugeben müssen, daß eine Generallandschaftsdirection und vier Provinziallandschaftsdirectionen mit Directoren, Syndicis, Bureaux und Kassen nicht nothwendig und zu theuer ist. Dieselben sind aber durch ihre Schwerfälligkeit einer guten prompten Verwaltung, und namentlich Geldverwaltung hinderlich und schädlich. Eine einheitliche Verwaltungsbehörde mit gewähltem, der Genossenschaft angehörigem Director, am Verwaltungssitze wohnhaft, ist bei den heutigen Verhältnissen für ein großes Credit-Institut nothwendig.

Es kann ferner nicht geleugnet werden, daß unsere Versicherungsbeiträge doppelt und dreifach so hoch sind, wie wir bei guten, soliden Gegenseitigkeits-Versicherungsgesellschaften zahlen würden, und es sind bei denselben die Formalitäten bei Aufnahme der Taxe und Entschädigungen weniger umständlich und weitläufig. Um ein Beispiel anzuführen, wollen wir erwähnen, daß in diesem Jahre ein im hiesigen Kreise wohnender Landschaftsrath von 22 400 *M.* Versicherungssumme 160 *M.* Prämie gezahlt hat (mit Hinzurechnung der aus dem Reservefond entnommenen 33 % rund 200 *M.*), also 9 pro 1000.

In der oben erwähnten Versammlung in Tuchel wurde endlich noch in Betreff der Frage des Bankcredits für die Landwirthschaft folgender Entwurf besprochen:

1. Im Anschluß an jede Reichsbank-Filiale wird von den ländlichen Grundbesitzern und Gutspächtern eine Bezirksgenossenschaft gebildet. Mitglied dieser Gesellschaft muß jeder Besitzer und Pächter werden, wenn er Reichsbankcredit in Anspruch nehmen will. Es darf keinem in dem Bezirk wohnhaften Grundbesitzer und Pächter anderweitig Bankcredit gewährt werden als durch Vermittelung dieser Bezirksgenossenschaft, und kann diese Vermittelung nur eintreten, wenn er der Genossenschaft beigetreten ist.

2. Der Sitz dieser Genossenschaftsbank ist am Orte der Reichsbank-Filiale. Die Verwaltung wird von einem aus den Interessenten gewählten Director und Aufsichtsrath geleitet; die Reichsbank giebt die nothwendigen Kassen- und Buchbeamten, und wird derselben ein näher zu bestimmendes Aufsichtsrecht eingeräumt.

3. Die Festsetzung der Höhe des Credits jedes

einzelnen Mitgliedes findet alljährlich statt und wird durch den Vorstand der Genossenschaft und ihren Aufsichtsrath in Gemeinschaft mit dem Reichsbankvorstande festgestellt nach den Grundsätzen, die bei der Reichsbank bei Creditgewährung maßgebend sind.

4. Die Reichsbank soll alsdann verpflichtet sein, die durch die Genossenschaftsbank gegebenen Wechsel aufzunehmen, aber nicht allein Drei-Monatswechsel, sondern auch darüber hinaus bis 6-monatliche. Eine Provision über den Bankzinsfuß wird zur Deckung der Kosten und zur Bildung eines Reservefonds von der Genossenschaft erhoben.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 17. März. Zur hundertsten Wiederkehr des Todestages Friedrich's des Großen im nächsten Jahre bereitet man schon jetzt eine große Ausstellung von „Fridericianis" vor. Auf Verleihung der reichen Schätze der königlichen Schlösser ist allerdings geringe Aussicht vorhanden, da der Kronprinz sich auf ein bezügliches Gesuch dagegen erklärt haben soll, weil die Sachen bei solchen Gelegenheiten leicht Schaden litten. Indeß ist im Privatbesitz genug vorhanden, um eine solche Ausstellung reichhaltig genug zu gestalten.

* Am 16. d. M. starb hier der durch seine Thätigkeit im schutzzöllnerischen Interesse bekannte Dr. Hermann Grothe. Derselbe vertrat von 1877—78 als nationalliberaler Abgeordneter den Wahlkreis Görlitz-Lauban im Reichstage.

* [**Ein Verehrer des Fürsten Bismarck**] in Petersburg bereitet, wie die Nowosti melden, ein originelles Jubiläums-Geschenk für den Kanzler vor. Dieser Verehrer, welcher früher der Diplomatie angehörte, sammelte nämlich seit dem Jahre 1870 alles, was in russischen Zeitungen und Brochüren über den Fürsten geschrieben wurde, und gedenkt das neun Foliobände starke Album zum Jubiläum dem deutschen Reichskanzler zu überreichen.

* Die Gattin des im Coupé verwundeten Schauspielers Paul (Fränkel) hat von Posen nach Hamburg telegraphirt, daß die Lebensgefahr vorüber sei.

* Wie man dem „N. B." mittheilt, soll der in das Zuchthaus zu **Halle a. S.** übergeführte Landesverräther Janssens überaus schwermüthig und sein früher zur Schau getragener Trotz völlig gewichen sein. Er sitzt in einer Isolirzelle, nicht weit von seinem Collegen Hentsch, mit dessen Gesundheit es übrigens sehr abwärts gehen soll.

* Zur Untersuchung über die Ermordung **Rumpffs** geht dem „Reichsb." aus Zürich eine längere Mittheilung über Vernehmungen zu, welche der Frankfurter Staatsanwalt Lautz am 18. Februar in Zürich gemeinsam mit der dortigen Polizeidirection vorgenommen hat. Von Interesse ist darin namentlich die Thatsache, daß sich der dringende Verdacht der Theilnahme an der Ermordung Rumpffs gegen einen Vertrauten Most's, einen gewissen John Neve gerichtet hat. Derselbe ist in Zürich kurz vor der Verurtheilung und Hinrichtung Stellmachers in Wien eingetroffen, nachher in eine Anarchisten-Untersuchung verwickelt, freigesprochen, aber am 17. Dezember v. J. ausgewiesen worden. Er hat sich, obwohl er Deutschland wegen seiner bekannt gewordenen Beziehungen zu Reinsdorf zu meiden alle Ursache hatte, nach Deutschland begeben. Die Ermordung Rumpffs fand am 13. Januar d. J. statt, und man vermuthet in Neve den Anstifter oder doch den Gehilfen bei dem Verbrechen. Neve ist übrigens nach saisirten Briefen anderer Anarchisten glücklich nach London entkommen.

Kassel, 16. März. Es ist bereits kurz berichtet, daß die Confectionsdame Ludovica Hofmann aus Posen, welche am 11. Dezember v. J. auf den z. Z. zur hiesigen Kriegsschule commandirten Hauptmann Windeck einen Revolver abfeuerte und ihm eine Fleischwunde am Bein beibrachte, wegen versuchten Todtschlages zu 1 1/2 Jahren Gefängniß verurtheilt ist. Die jetzt erst im 26. Lebensjahre stehende Hofmann, Tochter eines Bahnhofrestaurateurs in Posen, hatte vor 8 Jahren den Liebeswerbungen des W. nachgegeben und war mit ihm in ein Verhältniß getreten, aus dem drei (inzwischen wieder verstorbene) Kinder hervorgegangen sind. Ein eigentliches Eheversprechen hat er ihr nicht gegeben. Nach seiner Uebersiedelung nach Kassel erklärte W., das Verhältniß abbrechen zu wollen. Dies führte dann den Conflict herbei, der die Anklage zur Folge hatte. Die Hofmann hat damals auch sich selbst durch einen Schuß zu tödten versucht, ist aber wiederhergestellt worden. Die Geschworenen haben übrigens nach dem Verdict ein gemeinsames Gnadengesuch an den Kaiser gerichtet.

Wien, 16. März. Die Polizei ist einem großartigen Ordens- und Titelschwindel auf die Spur gekommen, der von einem Perser Mirza Hassan mit Hilfe eines Beamten der Wiener Universität Ifatisch und eines flüchtig gewordenen Barons, dessen Name nicht genannt ist, Jahre lang betrieben worden ist. Mirza Hassan, der sich für Legationsrath nennen ließ, war eine Zeit lang Kanzlist bei der persischen Gesandtschaft und begann als solcher den Handel mit Fermans (Ernennungsdecreten des Schah), durch welche Sonnen- und Löwenorden, Hoflieferantentitel an titel- und ordenssüchtige Personen verliehen wurden. In den ersten Jahren dieses schwunghaft betriebenen Geschäfts sollen die Fermans echt gewesen sein und Mirza Hassan sich dieselben, mit Umgehung des Gesandten, direct vom persischen Verwandten, dem Großvezier verschafft haben. Den Tod des Großveziers entließ der persische Gesandte Mirza Hassan, der aber sein lucratives Geschäft fortgesetzt haben. Er lebte auf großem Fuße und hatte Umgang mit Personen der feinsten Wiener Gesellschaft. In letzter Zeit war seine Vermögenslage keine glänzende, er hat sich nur mit Mühe das Geld für seinen Aufwand beschafft. Mirza Hassan und Ifatisch sind verhaftet. Bei der Haussuchung soll man einen förmlichen Tarif für die Sonnen- und Löwen-Orden gefunden haben, welche der angebliche Diplomat solchen Leuten, denen ein funkelndes Sternchen ein Herzensbedürfniß ist, verschaffte. Jedenfalls werden jene Ordensverleihungen, welche bereits amtlich publicirt wurden und sich nachträglich als gefälscht herausstellen, jetzt als ungiltig erklärt werden müssen, so daß die Gefoppten neben dem Schaden auch noch den Spott zu tragen haben werden. Das Geschäft scheint sich übrigens nicht allein auf Wien und Oesterreich beschränkt zu haben. Es haben sich auch bei der Polizei schon verschiedene Personen gemeldet, die zwar ihre Orden, bezw. Titel reichlich bezahlt, aber noch nicht erhoben haben.

Literarisches.

Die zum 85. Geburtstage des Kaisers von der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart herausgegebene und mit so großem Beifall aufgenommene illustrirte Festschrift ist soeben in erweiterter und weiter geführter Ausgabe unter dem Titel erschienen „**Achtundachtzig Jahre in Glaube, Kampf und Sieg**; ein Menschen- und Heldenbild unseres deutschen Kaisers von Oscar Meding", mit Illustrationen nach den von des Kaisers und Königs Majestät allergnädigst zur Benutzung verstatteten Aquarellen' als für das deutsche Volk herausgegeben von Karl Hallberger. Die Darstellung der Ereignisse und Erfolge ist volksthümlich, warm und klar gehalten, die Abbildungen bringen Hochpunkte aus dem Leben des Kaisers zur künstlerischen Anschauung; die Ausstattung ist würdig.

Standesamt.

Vom 18. März.

Geburten: Droschkenbesitzer Richard Plotzke, S. — Maschinenbauer Heinrich Richert, T. — Arb. Julius Kuschel, S. — Schuhmachergeselle Joh. Berg, S. — Sattlergeselle Franz Rygielski, S. — Arb. Johann Pischke, S.

Aufgebote: Schneidergeselle Josef Przybyszewski und Wilhelmine Christine Retzke. — Arbeiter Gustav Julius Schönnagel und Auguste Alwine Albertine Schwarz. — Kaufmann Urban Martin Berghem und Charlotte Angelika Margarethe Sarter. — Arbeiter Albert Richard Widder und Pauline Blunowski. — Seefahrer Carl Reinhold Schmidt und Catharina Louise Wilhelmine Strauß. — Schmiedegeselle Carl Friedrich August Hirsch und Marie Elisabeth Koslowski. — Fleischermeister Ernst Samuel Spink und Ida Maria Johanna Ratzke. — Schuhmachergeselle Friedrich Wilhelm Pieszczek und Anna Agathe Wendt. — Schiffscapitän Friedrich Eduard Manzey hier und Mathilde Florentine ...tz in Guteherberge.

Todesfälle: S. d. Arb. Joh. Taube, 2 M. — Nachtwächter Michael Juppenlatz, 69 J. — S. d. Müllers Albert Kalender, 3 M. — T. d. Secretärs bei der Staatsanwaltschaft Otto Lange, 7 W. — Arb. Frdr. Kirch, 43 J. — Zeughausbüchsenmacher Heinr. Albert Kist, 53 J. — Hausdiener Michael Gottfried Toms, 64 J. — T. d. Maurerges. Joh. Klimek, todtgeb. — 1 unehel. S.

Vergleichende wöchentliche Sterblichkeits-Statistik einer Anzahl grösserer Städte.

Jahreswoche vom 1. bis 7. März 1885.

Städte.	Einwohnerzahl per Tausend.	Zahl der Todesf. ohne Todtgeb. zusammen	unter 1 Jahr.	Todesfälle per Jahr auf 1000 Lebende.	Blattern.	Masern.	Scharlach.	Diphterie und Croup.	Keuchhusten.	Unterleibs-Typhus.	Darmkatarrhe und Brechdurchfälle.	Flecktyphus.	Cholera.
Berlin	1263	604	187	24,1	—	10	4	39	9	3	29	—	—
Hamburg	454	195	53	22,3	—	1	1	5	3	4	8	—	—
Breslau	295	166	48	29,3	—	—	—	4	2	—	6	—	—
München	244	160	58	34,1	—	5	2	22	—	1	13	—	—
Dresden	241	125	49	26,9	—	1	3	4	2	3	11	—	—
Leipzig	168	76	24	23,4	—	1	1	5	—	2	1	—	—
Köln	153	80	22	27,1	—	2	1	4	1	1	4	—	—
Königsberg	158	82	28	27,0	—	—	—	9	—	1	3	—	—
Frankfurt a. M.	148	64	17	22,5	—	1	—	1	1	1	3	—	—
Hannover	135	53	16	20,4	—	1	1	2	—	—	—	—	—
Bremen	121	44	7	18,8	—	-	3	—	—	—	1	—	—
Danzig	119	66	14	28,8	—	—	4	3	—	—	2	—	—
Stuttgart	111	43	15	20,2	—	—	—	2	1	—	1	—	—
Straßburg i. E.	112	67	28	30,9	—	—	—	1	1	—	7	—	—
Nürnberg	107	52	12	25,2	—	—	1	2	—	—	—	—	—
Barmen	102	41	7	20,9	—	—	2	3	1	1	2	—	—
Magdeburg	109	48	19	22,9	—	—	—	—	—	—	2	—	—
Altona	98	44	13	23,2	—	1	—	—	—	—	2	—	—
Düsseldorf	110	40	16	18,9	—	—	—	-	—	—	1	—	—
Elberfeld	103	49	16	24,7	—	—	—	4	-	—	4	—	—
Stettin	102	38	14	19,4	—	—	—	2	—	—	1	—	—
Aachen	90	44	15	25,3	—	—	—	—	—	—	3	—	—
Chemnitz	106	69	31	33,8	2	—		4	2	—	—	—	—
Braunschweig	83	45	10	28,1	—	—	—	4	—	1	1	—	—
Mainz	65	34	10	27,2	—	—	1	1	1	—	1	—	—
Kassel	67	35	8	25,7	—	—	—	—	—	1	1	—	—
Karlsruhe	54	21	6	20,2	—	—	—	1	4	—	1	—	—
Mannheim	62	23	9	19,2	—	—	—	1	1	—	—	—	—
Darmstadt	53	31	4	30,2	—	—	—	1	1	—	—	—	—
Wiesbaden	56	25	4	23,4	—	—	—	—	—	1	—	—	—
London	4083	1495	356	19,1	16	52	15	29	37	7	15	—	—
Paris	2239	1113	169	25,6	5	22	6	46	6	25	69	—	—
Wien	769	495	114	33,4	16	6	2	5	6	—	27	—	—
Prag	272	167	40	31,9	1	1	1	3	4	1	12	—	—
Odessa 1)	194	118	40	31,6	5	—	—	4	—	—	5	—	—
Kopenhagen 2)	278	132	43	24,7	—	2	3	5	8	-	7	—	—
Basel	69	31	10	23,4	2	—	.	1	—	-	5	—	—
[illegible]	429	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brüssel 3)	171	107	24	32,4	—	3	—	6	2	—	6	—	—
Petersburg 4)	929	606	178	33,9	3	9	3	11	3	16	69	1	—
Warschau 5)	404	220	56	28,3	1	1	4	20	3	4	20	1	—
Bukarest 6)	200	111	44	28,9	—	1	6	2	1	3	1	—	—
Barcelona	257	—	—	—	—	—	—	-	—	—	—	—	—
Madrid	475	—	—	—	—	—	—	-	—	—	—	—	—

1) Bis 28. Februar. 2) Bis 3. März. 3) Bis 28. Februar. 4) Bis ... Februar. 5) Bis 28. Februar. 6) Bis 28. Februar

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 17. März. Effecten-Societät. (Schluß.) Creditactien 255 1/2, Franzosen 252, Lombarden —, Galizier —, Aegypter 68 3/8, 4% ungarische Goldrente —, 1880er Russen 81 5/8, Gotthardbahn 108 1/4, Disconto-Commandit —. Schwach.

Liverpool, 17. März. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner ruhig, Surats stetig. Middl. amerikanische März-April-Lieferung 5 63/64, April-Mai-Lieferung 6 1/32, Mai-Juni-Lieferung 6 3/32, Juni-Juli-Lieferung 6 5/32, Juli-August-Lieferung 6 7/32, August-September-Lieferung 6 9/32 d.

Newyork, 17. März. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94 1/4, Wechsel auf London 4,83 1/4, Cable Transfers 4,86 1/4, Wechsel auf Paris 5,26 7/8, 4% fundirte Anleihe von 1877 122 1/8, Erie-Bahn-Actien 13 1/4, Newyorker Centralb.-Actien 88 3/4, Chicago-North Western-Actien 94 5/8, Lake-Shore-Actien 63 3/4, Central-Pacific-Actien 33 1/8, Northern Pacific-Preferred-Actien 42 1/2, Louisville und Nashville-Actien 30 1/2, Union Pacific-Actien 44 1/2, Chicago Milw. u. St. Paul-Actien 72 7/8.

Wolle.

London, 17. März. Bei der heute eröffneten Wollauction kommen im Ganzen 235 000 Ballen zum Angebot. Heute waren 7369 B. angeboten. Die Auction war gut besucht. Feine australische Wolle ungefähr wie die Schlußpreise der letzten Auction, fehlerhafte, besonders scoured, eher schwächer, Crosered gefragt und theurer, Kapwolle kaum zu letzten Preisen gehandelt.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 18. März. Wind: WSW.

Angekommen: Fairhead (SD.), Humphrys, Liverpool (via Stettin), Güter.

Gesegelt: Sverige (SD.), Svenson, Hamburg (via Gothenburg), Zucker und Güter.

Im Ankommen: 1 Dampfer

Schiffs-Nachrichten.

Kopenhagen, 16. März. Der englische Dampfer „Elisabeth", welcher auf der Reise von Oxelösund mit Getreide nach Gloucester am Freitag Abend an der Westseite von Trekroner auf Grund gerieth, ist gestern Morgen flott gekommen und nach der Innenrhede geholt worden, um dort von einem Taucher untersucht zu werden.

Cuxhaven, 16. März. Die norwegische Schoonerbrigg „Vats" passirte am Freitag Abend NzW. von Helgoland, 45 Seemeilen Abstand, die mit Holz beladene Brigg „To Söstre" voll Wasser und von der Mannschaft verlassen.

Bolderaa, 14. März. In der See ist nur wenig offenes Wasser sichtbar. Die Dampfer „Amalienborg", „Planet" und „Kullen", die gestern in See gegangen waren, sind des Eises wegen hierher zurückgekehrt. „Amalienborg" berichtet, daß der englische Dampfer „Abergrange" dicht unter Runö im Eise festsitzt.

London, 16. März. Die Dampfer „Irene Morris", von Almeria, und „Wiltshire", von Dieppe, sind gestern bei Garston mit einander in Collision gewesen und sollen beide schweren Schaden gelitten haben. Die „Wiltshire" ist auf Strand gesetzt worden, um ihr Wegsinken zu verhüten.

Verantwortlicher Redacteur für den politischen Theil, das Feuilleton und die vermischten Nachrichten: i. V. Dr. B. Herrmann — für den lokalen und provinziellen, den Börsen-Theil, die Marine- und Schifffahrts-Nachrichten und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein — für den Inseratentheil: A. W. Kafemann; sämmtlich in Danzig.

Druck u. Verlag v. A. W. Kafemann in Danzig.